

## Grüner Chef Banaszak fordert AfD-Verbot: Ein Aufruf zur Demokratie!

Banaszak fordert ein AfD-Verbotsverfahren.  
Verfassungsschutz stuft AfD als rechtsextrem ein.  
Politische Reaktionen und Kritik.



**Deutschland** - Der politische Druck im Zusammenhang mit der Alternative für Deutschland (AfD) nimmt zu. Felix Banaszak, der Bundesvorsitzende der Grünen, fordert ein{  
„} **AfD-Verbotsverfahren**. Er hebt hervor, dass sich die Partei zunehmend radikalisiere und eine Normalisierung ihrer Präsenz in der politischen Landschaft statfinde. Banaszak appelliert an Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU), den Weg für ein solches Verfahren zu ebnen, und er fordert eine Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht.

Die Debatte um die AfD hat sich verstärkt, seit das Bundesamt für Verfassungsschutz am 02. Mai 2025 die Partei als „gesichert

rechtsextremistisch“ eingestuft hat. Innenministerin Nancy Faeser (SPD) bezeichnete diesen Schritt als „klar und eindeutig“ und betonte, dass es keine politische Einflussnahme auf das Gutachten gegeben habe. Das über 1.100 Seiten umfassende Dokument ist allerdings nur für den internen Dienstgebrauch bestimmt. Diese Einstufung ist das Resultat einer längeren Entwicklung, die auch von Gerichten bestätigt wurde.

## **Kritik und Unterstützung im politischen Spektrum**

Die Reaktionen auf die Einstufung sind gemischt. Während Grüne Politiker die Entscheidung befürworten und vor einer weiteren Radikalisierung warnen, üben die Spitzen der AfD heftige Kritik. Alice Weidel und Tino Chrupalla bezeichnen das Gutachten als politisch motiviert, während der AfD-Parteivize, Stephan Brandner, die Einstufung als „unfaire Kampfmaßnahme“ ansieht. Ebenso äußert CSU-Chef Markus Söder, dass dies ein „finaler Weckruf“ sei und fordert eine Nulltoleranz gegenüber Feinden der Demokratie.

In der Union selbst gibt es jedoch auch Skepsis. CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann bezeichnet die Aussicht auf ein Verbotsverfahren als „politisch hochgradig gefährlich“ und verweist auf die rechtlichen Herausforderungen und Unsicherheiten, die von Rechtsexperten angemerkt werden. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) warnt vor einem „Schnellschuss“ und fordert besonnenes Handeln.

## **Zahlen und Fakten zu Rechtsextremismus**

Ein Blick auf die Zahlen, die der **Verfassungsschutz** veröffentlicht hat, verdeutlicht die Dringlichkeit des Themas. Im Jahr 2023 belief sich das gesamte rechtsextremistische Personenpotenzial auf 40.600, ein Anstieg von 1.800 Personen im Vergleich zum Vorjahr. Rechtsextremistische Straftaten erreichten im gleichen Jahr die Zahl von 25.660, was einem

Anstieg von 22,4 % entspricht.

Die Anzahl der rechtsextremistischen Gewalttaten lag bei 1.148, ebenfalls ein Anstieg im Vergleich zu 2022. Darüber hinaus gab es 933 fremdenfeindliche Gewalttaten. Solche Entwicklungen widerspiegeln eine besorgniserregende Tendenz, die sowohl die politischen Debatten als auch die Sicherheitslage in Deutschland betreffen.

Details	
<b>Vorfall</b>	Sonstiges
<b>Ort</b>	Deutschland
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.tagesspiegel.de">www.tagesspiegel.de</a></li><li>• <a href="http://www.tagesschau.de">www.tagesschau.de</a></li><li>• <a href="http://www.verfassungsschutz.de">www.verfassungsschutz.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**